

IV. Formbares Bildungspathos? Ein Fazit

„SCHÜLER. Ich wünschte, recht gelehrt zu werden,
Und möchte gern, was auf Erden
Und in dem Himmel ist, erfassen,
Die Wissenschaft und die Natur.
MEPHISTOPHELES. Da seid Ihr auf der rechten Spur;
Doch müßt Ihr Euch nicht zerstreuen lassen.
SCHÜLER. Ich bin dabei mit Seel' und Leib;
Doch freilich würde mir behagen
Ein wenig Freiheit und Zeitvertreib
An schönen Sommerfeiertagen.“¹
„Der Traditionsverlust durch die Entzauberung der Welt [...] terminiert in einem Stand von Bilderlosigkeit. [...] Nichts verhält mehr den Geist zur leibhaften Föhlung mit Ideen.“²

Gefragt wurde nach dem politischen Potenzial von Studierenden in Geschichte und Gegenwart. Die vorliegende Studie nahm ihren Ausgang bei einem – oft mit „1968“ verbundenen – kulturell überlieferten Stereotyp, nämlich der Auffassung, die Studierenden in Deutschland neigten zu einem kritisch-subversiven Bewusstsein, zu rebellischen Haltungen oder gar zu subversivem, oppositionellem politischen Denken. Sie kam vermittels einer aspektzentrierten historischen Längsschnittbetrachtung zu dem Zwischenergebnis, dass studentisches Protestpotenzial zwar weiterhin besteht, dass sich aber infolge gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen – Industrialisierung, Konsumgesellschaft, Bildungsexpansion – jene relative soziale wie sozialmoralische Homogenität der Studierendenschaft, mithin jenes subkulturell verwurzelte Organisationsleben verflüchtigt hat, das einst den politischen Deutungshorizont maßgeblich mitbestimmte.

1 Goethe, Johann Wolfgang: *Faust. Eine Tragödie. Erster und zweiter Teil* [1797-1832], München 1997, S. 57.

2 Adorno: *Theorie der Halbbildung*, S. 105.

Dabei hatte sich die Frageperspektive dem historischen Verlauf anzupassen, um den studentischen Mentalitätswandel adäquat nachzuzeichnen. Insbesondere das Auftreten ausdauernder Studentenbewegungen, welche stets Ergebnis einzigartiger soziohistorisch bestimmter Ursachenbündel und Gelegenheitsfenster gewesen sind, erscheinen aktuell unwahrscheinlich. Während zudem das langfristige Verbllassen weltanschaulicher Konfliktlinien zwischen „linken“ und „rechten“ Studierenden in der Bundesrepublik auffiel, schienen die jüngsten Studierendenproteste auf einem weiterhin lebendigen, wenn auch genetisch alten Bildungspathos aufzusatteln. Die aus der Auswertung des Fokusgruppenmaterials gewonnenen politisch-sozialen Deutungsmuster einer (herzustellenden) chancengerechten Gesellschaft, eines einheitsstiftenden und harmonisierenden Rationalitäts- bzw. Vernunftprinzips und der (politischen) Bildung des Einzelnen als gesellschaftspolitisches Panazea differenzierten dieses Zwischenergebnis entscheidend: Bildungshumanistische Versatzstücke dienen nicht nur als verbale Ornamentik von Forderungen nach geringerem Prüfungsdruck, sondern fungieren als strukturbildendes Element eines gesellschaftspolitischen Kompasses von Studierenden insgesamt. Bildung, situativ vermengt mit semantischen Gehalten politischer Bildung, bedeutet nicht nur Fachwissen und Kompetenzerwerb, ist nicht nur ein Karrieremotor, sondern auch Medium der Charakter- und Persönlichkeitsveredelung; sie treibt gesellschaftlichen Fortschritt an und vermittelt sogar spezifische liberale Werte und Handlungsmaximen, soll nicht zuletzt als Impfung gegen den Rechtspopulismus wirken. Der starke bildungshumanistische Einschlag hebt die akademische Jugend³ in der Tat von nichtstudierenden Jugendlichen und jungen Erwachsenen frappant ab. Früher Element eines spezifischen bildungsbürgerlichen Gesellschaftsbildes, hat sich der Bildungshumanismus offenbar zu einer von seinem Herkunftsmilieu emanzipierten, verselbstständigten und fungiblen Deutungskomponente universalisiert, ganz so wie die Bildungsexpansionsdynamik die einst vergleichsweise kleine Gruppe von Studierenden exponentiell erweitert und dem Bildungsbürgertum die Festigkeit einer abgrenzbaren Sozialformation genommen hat. Das bestätigt eine Tendenz, die bereits Mitte der 1950er Jahre unter einem großen Teil von Frankfurter Studierenden registriert wurde, nämlich der Einfluss neuhumanistisch-bildungsbürgerlicher Denktraditionen auf gesellschaftliche Ordnungsvorstellungen (etwa als Vorstellung von einer akademisch gebildeten geistigen Elite) unabhängig von der Schichtenzugehörigkeit der Studierenden.⁴

„Das traditionsfeste Motiv aus dem Zusammenhang jenes bildungshumanistischen Gesellschaftsbildes der nationalliberalen Phase ist die Dichotomie zwischen Innerlichkeit und bloß äußerem, gesellschaftlichem Bereich. [...] Geblieben ist die Auflösung sozialer Merkmale in psychologische. Nicht Interessenlagen, nicht die Lebensbedingungen von Gruppen, sondern Charakter, Mentalität, Lebensstil, Haltung, mit einem Wort: Bildung, nämlich Geist und Gesinnung werden zu den zentralen Kategorien des Gesellschaftsbildes. [...] Das Elternhaus mit akademischer Tradition scheint

3 Vgl. die Kapitel III.3.3 und III.3.4 dieser Studie.

4 Vgl. Habermas et al.: Student und Politik, S. 212-221.

freilich als solches auf das gesellschaftliche Bewußtsein der Kinder keinen besonderen Erziehungseinfluß auszuüben. Die akademische Tradition ist eher als Moment des sozialen Status insgesamt wirksam, denn als Faktor, auf den die bildungshumanistischen Ideale spezifisch zurückgehen.“⁵

Dass das Bedeutungsspektrum von „Bildung“ eine so zentrale Rolle für studentische politisch-soziale Deutungsmuster innehat, ist kein Zufall. Wie in Kapitel III.3.1 angedeutet, lässt sich schon die neuhumanistische Bildungsphilosophie selbst als Versuch begreifen, den mit dem Verschwinden der theokratischen Weltordnung – also der inhärenten Sinnhaftigkeit des Seins – verbundenen Bruch zwischen ideellen Sinnstrukturen und gesellschaftlicher Realität wieder zur Übereinstimmung zu bringen. Zudem wird es Studierenden beinahe täglich als Signalwort gelungener Lebensplanung und gesellschaftlichen Wohlstands serviert; das oft wehevoll vibrierende Stichwort „Bildung“ zählt, wenn auch nicht streng humboldtianisch gemeint, zu den großen Mantras der deutschen Universitäten und der deutschen Bildungspolitik. Bildung verbessert das Individuum, Bildung verbessert die Gesellschaft, ja Bildung soll sogar demokratisch konfliktstillend wirken. Das aber schürt auch ein konformistisches, kollektivnarzisstisch grundiertes Ressentiment gegen die Nichtgebildeten, die Zurückgebliebenen, gegen „die Rechten“. Es vollbringt das Kunststück, zugleich der Mehrheit der Vernünftigen anzugehören als auch jener Gruppe an Auserwählten, die die Weihen der höheren Bildung empfangen. Während aber diese mindestens zweihundert Jahre alte Bildungsphilosophie fröhliche Urständ im jungakademischen Bewusstsein feiert, hat der ebenso altehrwürdige studentische Korporationsgedanke – die Studierendenschaft als potenzielles politisches Subjekt mit gemeinsamem reformerischem Interesse – seine Prägekraft weitgehend eingebüßt. Das geht über die Dezimierung studentischen Organisationswesens hinaus, streicht im Grunde die einstige ideelle Grundlage kollektiver studentischer Praxis. Das limitiert die praktisch-politische Handlungsfähigkeit der Studierenden entscheidend. Unter dem von ihnen häufig geforderten „Engagement“ verbirgt sich in der Regel der Wunsch, über zivilgesellschaftliche oder ehrenamtliche Tätigkeiten im Kleinen Selbstwirksamkeitserfahrungen zu sammeln, während die konfliktive politische Auseinandersetzung verzagt gemieden wird. Sollte es zu tieferreichender politischer Frustration kommen, etwa wenn die Berufsaussichten für Universitätsabsolventen das Bedürfnis nach materieller Absicherung nicht mehr plausibel decken können, ist zurzeit kein politischer Akteur in Aussicht, dem die Studierenden ihr Vertrauen schenken. Aber: Die besondere Lebenssituation des Studierens bietet grundsätzlich nach wie vor Freiräume für selbstständige zivilgesellschaftliche, politische und intellektuelle Betätigung, die von vielen sowohl identifiziert als auch genutzt werden. Auch, wenn es richtig sein mag, dass sich diese Freiräume in den letzten Jahren und

5 Ibid., S. 214-216.

Jahrzehnten zugunsten eines neuen Selbstoptimierungszwangs reduziert haben,⁶ zumal nach den Bologna-Reformen.⁷

Das berührt die Frage des politischen Potenzials von Studierenden im Innersten. Denn damit die Freiräume und Motivationsquellen politischer Aktivität genutzt werden, etwa durch ein umtriebige Mobilisierungsnetzwerk nach dem Muster des Bildungsstreiks 2009/10, wäre derzeit eine spezifische gesellschaftskritische Sprache erforderlich. Eine Sprache, die an die spezifischen Interessen der gebildeten Jugend, genauer: an die in sozialetisches Vokabular gekleideten gehobenen Ansprüche der Bildung appellieren kann, über marktenthobene, von Staatsseite gesicherte Enklaven und komfortable Berufsaussichten zu verfügen. Gewiss war das nie fundamental anders, wie die ausführlichen Exkurse zu studentischen Oppositionsbewegungen gezeigt haben, auch während des vielgerühmten demokratischen Aufbruchs der 1960er Jahre. Das Besondere an den emanzipativen Studentenbewegungen von „1848“ und „1968“ aber war ihr Surplus, ihre über das Privilegiensicherungs- und Aufstiegsinteresse hinausgreifende Anteilnahme an gesellschaftspolitischen Themen. Dass die Hochschulreform von unten die Reform der Gesamtgesellschaft antizipieren könne, war die Prämisse der frühen Burschenschaftsbewegung, der späteren Freistudentenschaft und des SDS. Diese Traditionslinie ist aufgrund der relativen Dezimation organisierter Studierender beinahe vollständig erloschen. Die heutigen Studierenden haben ihren nichtstudierenden Altersgenossen in Sachen utopischen Vorstellungsvermögens nichts mehr voraus.⁸ Sie treten genauso „realistisch“ auf, haben die für moderne (post-)industrielle Gesellschaften charakteristische „transzendente Obdachlosigkeit“⁹ adaptiert und die Charaktermaske jener Bescheidwissenden angenommen, die sich nichts vormachen lassen. Einen eindrücklichen Kontrast mag man aus den Hochschulreformdebatten der 1960er Jahre beziehen, als besonders umtriebige Studenten Bücher über die demokratische Umgestaltung der Universitäten als Schritt in eine freiere Gesellschaft schrieben¹⁰ und von der herausgeforderten professoralen Seite (selbst-)kritische Antwort erhielten.¹¹ Natürlich spielen hier auch grundstürzende sozialgeschichtliche Verschiebungen eine Rolle. In der Bildungsgesellschaft die alte „Systemfrage“ zu stellen, ergibt für ihre Profiteure wenig Sinn. Nur: Sollte es zu flächendeckender akademischer Arbeitslosigkeit kommen, fehlt den Studierenden, die ihre spätere materielle Absicherung für

6 Vgl. Reinders, Heinz: Vom Bildungs- zum Optimierungsmoratorium, in: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung, 11. Jg., H. 2/2016, S. 147-160 und Hoffmann, Dagmar/Stecher, Ludwig: Bildungsmoratorium revisited (Editorial), in: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung, 11. Jg., H. 2/2016, S. 143-145.

7 Vgl. Kühl, Stefan: Der Sudoku-Effekt. Zu den Gründen und Folgen der Komplexitätssteigerung an den Hochschulen, in: Soziale Systeme, 16. Jg., H. 2/2010, S. 440-456.

8 Vgl. Schenke et al.: PEGIDA-Effekte, S. 234f.

9 Lukács, Georg: Die Theorie des Romans. Ein geschichtsphilosophischer Versuch über die Formen der großen Epik [1916], Darmstadt/Neuwied 1984, S. 32.

10 Gemeint ist der – sicher in vielerlei Hinsicht zeitgebundene und ohne die Unterstützung des damaligen außerordentlichen Professors Habermas wohl auch undenkbare – Band von Nitsch et al.: Hochschule in der Demokratie.

11 Vgl. Schwan, Alexander/Sontheimer, Kurt (Hg.): Reform als Alternative. Hochschullehrer antworten auf die Herausforderung der Studenten, Köln/Opladen 1969.

garantiert halten, jeder Ansatzpunkt einer begrifflichen Handhabe. Navigation im Alltag wird ihnen schwerfallen, die berühmte gewohnte „Welt“ zusammenbrechen; daraus kann destruktive Aggression, ein neues solidaritätsbasiertes Engagement (beides Phänomene der organisationsstarken Jahrzehnte des Kaiserreichs und der Weimarer Republik) oder eskapistische Resignation (wie unter den alternativbewegten Studierenden der frühen 1980er Jahre) folgen. Andererseits fehlt es für breiteren politischen Aktivismus tatsächlich auch an einem identifizierbaren Gegner, an etwas, woran man sich abarbeiten könnte. An etwas, was dann auch Ziele visieren lässt, Sinn generieren kann, den Wunsch nach Organisation und Bündelung nähren könnte. Derzeit dominiert hingegen die Scheu vor der politischen Selbstpositionierung.¹²

Es mag sich allerdings die Frage anschließen, ob in den kommenden Jahren nicht gewisse Konfliktszenarien wahrscheinlicher werden könnten, die dann doch zur Aktivierung des studentischen Interesses am eigenen Statuserhalt oder an der Durchsetzung sozialpolitischer Gerechtigkeit führen mögen, mithin zu einem stärkeren Eingriff von Studierenden in gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen. Gesamtgesellschaftlich gesehen sind wir schließlich Zeugen eines politikulturellen Rumorens. Einerseits hat die Apotheose von Partizipation und Transparenz infolge von „1968“ bis heute Freiräume für staatsbürgerlichen Unmut, für Protestbewegungen und Demonstrationen geschaffen und somit auch Resonanzräume und Korrektive für das Handeln der politischen Eliten, gar „Fermente für rechtzeitige systemimmanente Innovation, die andernfalls zu spät hätte kommen können“¹³, bereitgestellt. Andererseits hat gerade dieser verschärfte Legitimitäts- und Transparenzanspruch die Weichen für jene Ausbreitung von Misstrauen gegenüber den politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Eliten zu stellen geholfen, die heute – nicht erst durch die Etablierung der digitalen Medien – Legion sind.¹⁴ Am Gegenstand der Studierenden könnte sich das mit der ohnehin wechselhaften Geschichte der Bildungsexpansion und der durch sie geradezu periodisch produzierten Friktionen vermischen. Szenarien der Eskalation sind jedenfalls rasch skizziert: Was, wenn die Arbeitsmärkte die rasant steigenden Absolventenzahlen nicht mehr absorbieren können? Was, wenn sich der oft konstatierte Kulturkonflikt zwischen Kosmopolitismus und Kommunitarismus im Zuge der weiteren Entwicklung der Bundesrepublik zur Migrationsgesellschaft parallel weiter zuspitzt? Was, wenn der Trend in Richtung Vielparteiensystem die noch verbliebenen politischen Fronten weiter durcheinanderwirbelt? Werden Studierende eine wesentliche Rolle in den kommenden Auseinandersetzungen spielen? Ist unter bestimmten Voraussetzungen und Rahmenbedingungen womöglich massenhafter politischer Aktivismus, gar eine vierte Studentenbewegung denkbar? Dass es derzeit an den wesentlichen Voraussetzungen massenhafter Jugendbewegungen fehlt, hat Franz Walter herausgearbeitet: Dazu zählen uto-

12 Vgl. die Kapitel II.3.4, II.3.5 und III.3.2 dieser Studie.

13 Vgl. Walter: *Zeiten des Umbruchs?*, S. 19.

14 Vgl. Rosanvallon: *Counter-Democracy*. Inwiefern hier die Kausalketten zu ziehen sind, ob etwa die Erosion der traditionellen Volksparteien-Herrschaft nicht viel stärker mit der Ausdifferenzierung von Lebensstilen und Präferenzmustern zusammenhängt, oder ob das Eigengewicht von Mentalitäten den Wandel des Bewusstseins zeitigt, berührt konzeptionelle Grundfragen der politischen Kulturforschung. Eine bündige Antwort ist hier schon aus epistemologischen Gründen nicht möglich.

pische und visionäre Energien potenzieller Gegeneliten, besonders der feste Glaube an eine mögliche, radikal andere Form von Gesellschaft, die Überzeugung von der Richtigkeit des avisierten Weges sowie charismatische Führerfiguren, die diese Hoffnungen zu inkorporieren und in sinnfällige, vermittelbare Parolen zu gießen vermögen. Dazu zählt aber auch die demographische Schwäche der Jugend in einer alternden Gesellschaft.¹⁵ Hat sich demgegenüber nicht aber doch gezeigt, dass sich unter Studierenden manche einigenden Orientierungen finden, die die verloren gegangene Bindekraft politischer Fernziele und kollektiven Zugehörigkeitsbewusstseins zumindest temporär stiften könnten? Könnten nicht jene Vereinzelten, die trotz allem nach einem tieferreichenden Verständnis der Gesellschaft und nach Perspektiven ihrer praktischen Veränderung suchen, sich zu Anführern und Einpeitschern aufschwingen? Derzeit erwarten zwei Drittel der Studierenden nach wie vor günstige Berufsaussichten, so viele wie nie zuvor. Nur noch 14 Prozent fühlen sich von schlechten Berufsaussichten im Studium belastet.¹⁶ Was aber, wenn plötzlich akademische Arbeitslosigkeit einsetzen sollte? Das naheliegende Modell politischen Protests wäre hier ein „Aufruhr der Ausgebildeten“¹⁷: In (Süd-)Europa, Südamerika und im arabischen Raum revoltierten in den 2010er Jahren häufig die Gutausgebildeten, der nachrückende Kadernachwuchs der saturierten Mitte, denen der Zugang zu auskömmlichen Karrieren versperrt ist. Zudem weckt die Emergenz der *Fridays for Future*-Klimaproteste von 2018/19 Erinnerungen an die dem Bildungsstreik von 2009/10 vorangegangenen Schülerstreiks von 2008, aber auch an die bewegten 1960er Jahre, in denen der Protest durchaus auch unter Schülerinnen und Schülern um sich griff¹⁸ – ganz abgesehen davon, dass sich auch in den Reihen dieser neuen Protestbewegung ein beträchtlicher Anteil von Studierenden findet.¹⁹

Tatsächlich dürfte genau hier – je nach gesamtwirtschaftlicher Lage – das größte Potenzial studentischen politischen Protests liegen: In der identitätspolitischen und privilegiensichernden Verhärtung eines gebildeten, liberalen Bürgertums gegen die technisch-industriell, gewerblich und ländlich orientierten Mittelschichten. Denn die Wahlerfolge neuer rechter Parteien in ganz Europa, in Deutschland der zwischen den Bundestagswahlen 2013 und 2017 nationalkonservativ bis völkisch gewendeten AfD, aber auch das Aufkommen rechtspopulistischer Protestformationen wie PEGIDA sind aus der Sicht verschiedener Autoren nur das sichtbarste Signum einer politisch-kulturellen Verschiebung, die die gesamten Mittelschichten erfasst, ja identitätspolitisch tribalisiert. Die Rede ist, ob wörtlich oder sinngemäß, von einem „neuen Cleavage“ zwischen urbanen Kosmopoliten/Linksliberalen und eher ländlichen, „kommunitaristisch“ orientierten Ethnozentristen, der quer zum traditionellen politischen Richtungsschema von „links/rechts“ liege, und der durch die klassischen mittig linken und

15 Vgl. Walter: Rebellen, Propheten, Tabubrecher, S. 115-124.

16 Vgl. 13. Studierenden survey 2015/16, S. 73f.

17 Kraushaar: Aufruhr der Ausgebildeten.

18 Vgl. Schildt, Axel: Nachwuchs für die Rebellion. Die Schülerbewegung der späten 60er Jahre, in: Reulecke, Jürgen (Hg.): Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert. Schriften des Historischen Kollegs, Bd. 58, München 2003, S. 229-251.

19 Vgl. Wahlström, Mattias/Kocyba, Piotr/Vydt, Michiel De/Moor, Joost de (Hg.): Protest for a future: Composition, mobilization and motives of the participants in Fridays For Future climate protests on 15 March, 2019 in 13 European cities, 2019, S. 8-10.

mittig rechten Volksparteien nicht mehr aufgefangen werden könne.²⁰ Die Soziologin Cornelia Koppetsch diagnostiziert einen sozialstrukturell bedingten antiliberalen Mentalitätswandel der politischen Kultur der Bundesrepublik, der einer Invertierung der mit „1968“ etikettierten Liberalisierungstrends gleichkomme: soziale Stagnation bzw. Abstieg und sich nach unten isolierende Eliten statt „Fahrstuhl-Effekt“, Verhärtung gegenüber Veränderungsdynamiken und Drang zur Konformität statt Liberalisierung und Pluralisierung, nostalgisch durchzogener Überdruß an Gegenwart und Zukunft statt politischer Gestaltungseuphorie.²¹ „Die daraus entstandenen Mentalitäten sind zwar nicht explizit rechts, doch enthalten sie eine spezifische Grundbotschaft: Die Gesellschaftsordnung ist nicht verhandelbar und verlangt unbedingte Anpassung und Unterordnung.“²² Epistemologische Hürden macht Koppetsch demgegenüber dort aus, wo die Zustimmung zu Parteien wie der AfD mit Deprivationsphänomenen erklärt wird, also die Wähler der AfD zu Modernisierungs- bzw. „Kulturalisierungsverlierern“

20 Vgl. Cuperus, René: Wie die Volksparteien (fast) das Volk einbüßten – Warum wir den Weckruf des Populismus erhören sollten, in: Hillebrand, Ernst (Hg.): Rechtspopulismus in Europa. Gefahr für die Demokratie?, Bonn 2015, S. 149–158, hier S. 151–153. Vgl. auch Geiges/Marg/Walter: Pegida, S. 198–200. Der Begriff „Cleavage“ (dt. „Spaltung“ oder „Kluft“) stammt aus der politikwissenschaftlichen bzw. politiksoziologischen Theoriebildung der 1960er Jahre und erfuhr seine Prägung durch Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan. Entscheidendes Gewicht messen die Autoren der Frage bei, inwieweit demokratische Parteiensysteme es vermögen, die fundamentalen gesellschaftlichen Cleavages (damals Kapital versus Arbeit, Kirche versus Staat, Stadt versus Land, Zentrum versus Peripherie) verschiedener politischer Kulturen durch politische Interessenaggregation vermittelnd zu integrieren und mithin zu pazifizieren, vgl. Lipset, Seymour Martin/Rokkan, Stein: Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives, New York 1967, insbesondere S. 3–6 und S. 33–50. Zwar soll hier nicht entschieden werden, ob die Vorstellung eines neuen Cleavage die Ausführungen Lipsets und Rokkans überhaupt theoretisch zu erweitern vermag und nicht etwa als Reaktualisierungsversuch der klassischen vier Konfliktachsen für den Kontext der Bundesrepublik dienlicher wäre. Dennoch liegt die Aktualität der Frage angesichts des Ringens um den Umgang mit der AfD zwischen Anerkennung als tatsächlicher demokratischer Alternative einerseits und Verurteilung als Sammlungsbewegung potenziell demokratiegefährdender Rechtsradikaler andererseits auf der Hand – verweist dieses Ringen doch auf die grundlegendere und spätestens seit der Flüchtlingskrise 2015 offenkundig virulente Frage, inwieweit der Konflikt zwischen technokratisch-kosmopolitischen Eliten und migrationsfeindlichen unteren bis mittleren Mittelschichten als demokratisch repräsentationsbedürftiger Konflikt anerkannt werden soll. Inwiefern diese Konstellation auch bei anderen virulenten Konjunkturthemen die politischen Auseinandersetzungen strukturiert und durch eine aktualisierte Cleavage-Perspektive gefasst werden kann, diskutiere ich gemeinsam mit Kollegen in Schenke, Julian/Finkbeiner, Florian/Neumann, Amelie: Das Potenzial der *Cleavage*-Perspektive. Wahlverhalten als Oberflächenphänomen der politischen Kultur, in: Demokratie-Dialog, H. 6/2020, S. 2–11.

21 Vgl. Koppetsch: Die Wiederkehr der Konformität, S. 17–30 und S. 165–178; aktualisierend und pointierend auch Koppetsch, Cornelia: eine Welle der Nostalgie, hier S. 55ff. und insbesondere S. 57: „So wie 1968 nicht die Ursache, sondern Ausdruck und Kulminationspunkt gesellschaftlicher Liberalisierungsprozesse war, so ist auch der Rechtspopulismus nicht der Anfangspunkt, sondern der Kulminationspunkt illiberaler Entwicklungen, die aus dem autoritären Kapitalismus, das heißt aus eskalierenden Ungleichheiten, Abstiegsspiralen und Schließungsbewegungen hervorgegangen sind und in die Regression politischer Haltungen und gesellschaftlicher Mentalitäten münden.“

22 Ibid., S. 55f.

oder kulturell rückständigen, renitenten Widersachern des unumgänglichen Fortschritts deklariert werden – nicht zuletzt auch von sozialwissenschaftlicher Seite.²³ Wer zu den status-, einkommens-, und bildungsbezogenen Ressourcenstarken zählt, mithin zur seit „1968“ kulturell hegemonialen Gruppe, neige auf der anderen Seite zu einer Verhärtung des „auf Rationalisierung und Selbstdisziplin gegründete[n] Muster[s] der Selbstverfeinerung“, vulgo zu bürgerlichem „Klassenbewusstsein“ mit postindustriellem Einschlag.²⁴

„Man hebt sich selbst und sein soziales Image hervor, indem man rechte Haltungen von sich abweist und in Form einer Schwarz-Weiß-Gegenüberstellung den anderen zuschreibt (liberale vs. autoritäre, moderne vs. antimoderne Haltungen, Kosmopolit/innen vs. Globalisierungsverlierer/innen etc.). Doch bei genauerem Hinsehen sind die beiden Lager nicht so gegensätzlich, sondern finden sich gleichermaßen eingebettet in einen untergründig von rechts tickenden Zeitgeist. Die scharfe Abgrenzung folgt auf beiden Seiten dem Skript absoluter Zugehörigkeiten und trägt somit das Signum einer ‚Rückkehr zum Stammesfeuer‘ (Bauman).“²⁵

Die Mitte, folgt man Koppetschs provokanten Beobachtungen, tribalisiert sich also unter identitätspolitischen Vorzeichen – was die Bekenntnisse zu klassisch bürgerlichen Werten wie Freiheit, Weltoffenheit, Liberalismus und Toleranz im Lichte eines unversöhnlichen Interessenkampfes erscheinen lässt.²⁶ Ähnlich formulieren es Nadine Schöneck und Sabine Ritter in ihrem Band *Die Mitte als Kampfzone*, wenn sie einen verschärften Statuskampf zwischen Angehörigen der Mittelschicht in einer „Sandwich-Position“ zwischen dem sozialen Oben und dem sozialen Unten herausstreichen, welche zur Notwendigkeit einer „kontinuierlichen Justierung der eigenen Lebensführung und ihrer Maximen“ führe.²⁷ Schon aus dem Bildungspathos der Studierendenproteste der frühen 2000er Jahre konnte der jederzeit drohende Umschlag in eine Anklage versagender Bildungsversprechen, in ein Instrument der kämpferischen Statusabsicherung gelesen werden:

„[...] eben diese Bildungsgläubigkeit kann aus den wohlerzogenen Kindern der Republik – nicht heute, aber vielleicht dann morgen – die Rebellen gegen die Kündler ihrer eigenen Maximen machen. [...] Nicht ganz auszuschließen ist, dass nunmehr die

23 So am Beispiel des Soziologen und Kulturwissenschaftlers Andreas Reckwitz: „Schließlich stellen auch die Deutungsschablonen und Konzepte, mit denen der Aufstieg der AfD im Allgemeinen untersucht wird, keine neutralen Untersuchungsinstrumente dar, sondern sind selbst ein Stück Identitätspolitik in den Sozialwissenschaften, die scharfe Frontstellungen zwischen den Lagern behaupten und sich dabei selbst bestätigen, auf der richtigen Seite zu stehen. [...] Der Verdacht liegt nahe, dass die Ursachen für den Aufstieg der neuen Rechtsparteien sich nicht durch individuelle Enttäuschungserfahrungen, Charakterdeformationen oder materielle Deprivationen ihrer Wähler hinreichend ermitteln lassen, sondern grundsätzliche Veränderungen im sozialmoralischen und gesellschaftlichen Kräftefeld moderner Gesellschaften anzeigen.“ Ibid., S. 54.

24 Vgl. *ibid.*, S. 57.

25 Ibid., S. 58.

26 Vgl. auch hier Schenke et al.: Das Potenzial der *Cleavage*-Perspektive.

27 Vgl. Schöneck, Nabine M./Ritter, Sabine: Zur Einleitung. Die gesellschaftliche Mitte als Kampfzone – Perspektiven und Fragestellungen, in: Dies. (Hg.): *Die Mitte als Kampfzone. Wertorientierungen und Abgrenzungspraktiken der Mittelschichten*, Bielefeld 2018, S. 11–26, hier S. 14.

Mitte ‚mittiger‘ wird, dass sie sozial und ökonomisch ihre Interessen härter verteidigt, sich in den Zeiten eines unkomfortabel gewordenen Verteilungskampfes stärker nach unten abgrenzt und abschließt. Die Kinder der Aufsteigerschichten aus der ersten Bildungsreform, die derzeit die Universitäten bevölkern, fürchten schließlich um ihren Staterhalt.“²⁸

Dass sozialistische Impulse weitgehend fehlen, ja dass auch die angesichts leistungskritischer Motive naheliegende Überlegung, auf der Basis des Grundgesetzes über andere Wirtschaftsordnungen als die liberal-marktwirtschaftliche nachzudenken,²⁹ den Studierenden so fern liegt, hat seinen Grund nicht nur in der Beschädigung der einstigen „Systemalternative“ durch den Zerfall des Sowjetsystems, sondern auch im stillen Einverständnis mit den aktuell herrschenden Modi der Reichtumsverteilung, von denen künftige Universitätsabsolventen fraglos profitieren. Keineswegs muss der „blockierte Gebildete“ als „Repräsentativtypus der flammenden revolutionären Rede und umstürzlerischen Programmatik“, ohne dessen Mobilisierungs- und Bündelungsarbeit keine revolutionäre Bewegung des 19. und frühen 20. Jahrhunderts ausgekommen wäre, für immer abgetreten sein.³⁰ Zwar hat die bundesrepublikanische Jugend rein demografisch betrachtet wenig Gewicht, auch ist die Akademikerarbeitslosigkeit gering, insbesondere unter ingenieurs- und naturwissenschaftlichen Absolventen. Aber gänzlich unmöglich ist es nicht, dass sich infolge einer stärkeren marktbasierten Aufspaltung der Berufschancen akademisch Qualifizierter zwischen wirtschafts-, ingenieurs- und naturwissenschaftlichen Fachkräften einerseits und weniger begehrten Absolventen der Geistes- und Sozialwissenschaften andererseits „eine neue Form des Elitendissens entwickelt“, ja sich „daraus ein Bündnis der blockierten – sagen wir: geisteswissenschaftlichen – Intelligenz mit den übrigen Geschädigten und Bedrohten des mobilen Globalkapitalismus“ bildet.³¹ Allerdings: Ob das gegenwärtig wünschenswert wäre, ist fraglich. Denn insbesondere die kosmopolitisch orientierten Gebildetenmilieus leben angesichts ihrer privilegierten Situation, welche sie noch immer für die eher sicheren, eher besser bezahlten Positionen der bundesdeutschen Gesellschaft prädestiniert, nach wie vor

„im Spannungsfeld zwischen verallgemeinerbaren Ideen-, Wert- und Institutionenprogrammen einer sich globalisierenden Welt und eigenen Klasseninteressen. In dem Maße, in dem die weltbürgerliche Gesellschaft von Erfolg gekrönt wäre, würden diese

28 Walter: Bildungsgläubiger Studentenprotest, S. 38–40.

29 Das Bundesverfassungsgericht bekräftigte 1979 in einer Entscheidung eine frühere Position Wolfgang Abendroths, dass das Grundgesetz „keine unmittelbare Festlegung und Gewährleistung einer bestimmten Wirtschaftsordnung“ enthalte, mithin diese Entscheidung dem demokratischen Staat überlasse, zit. nach: Richter: Die Außerparlamentarische Opposition, S. 43, Fn. 22. Vgl. zu Abendroths Hinweis auf die veränderliche Auslegungspraxis des durch das Grundgesetz verbürgten „demokratischen und sozialen Rechtsstaat“ Abendroth, Wolfgang: Der demokratische und soziale Rechtsstaat als politischer Auftrag (1965), in: Ders.: Arbeiterklasse, Staat und Verfassung. Materialien zur Verfassungsgeschichte und Verfassungstheorie der Bundesrepublik, hg. von Joachim Perels, Köln/Frankfurt a.M. 1975, S. 179–201.

30 Walter: Rebellen, Propheten, Tabubrecher, S. 122.

31 Ibid., S. 123.

ständisch-bürgerlichen Imprägnierungen möglicherweise verschwinden. Vorläufig jedoch bleibt diese Färbung erhalten: Nicht nur sozialstrukturell, auch kulturell knüpfen die weltbürgerlich Orientierten dabei an alte bürgerliche Traditionen an. Das europäische Weltbürgertum ist in die großstädtischen Gründerzeitviertel zurückgezogen, die schon im Kaiserreich bürgerliche Domizile waren.“³²

Denn: „Zwar sieht sich die obere Mittelschicht als Träger einer weltbürgerlichen und im globalen Maßstab *repräsentativen* Kultur [...] und fühlt sich einem Ideal universalistischer Teilhabe- und Aufstiegschancen verpflichtet“, leidet zugleich jedoch an einer geradezu strukturell bedingten kognitiven Verzerrung, „die Reichweite postnationaler Vergesellschaftungsmuster für Milieus, die über weniger Ressourcen und geringere Bewegungsspielräume verfügen, zu überschätzen.“³³ Das Ergebnis ist der Rückzug in die identitätspolitische Abschottung, die tribalistische Verkapselung, der „Rückbau der Gesellschaft“³⁴ und das Zurücksinken in unversöhnliche Teilgemeinschaften sowohl unter erwachsenen als auch unter Nachwuchs-Akademikern. Ausgetragen werden solche Abgrenzungskämpfe vonseiten Studierender wahrscheinlich auch in näherer Zukunft durch die neo-autoritäre Unterbindung von Auseinandersetzungen nach dem Vorbild der US-amerikanischen *safe space*-Agitation.³⁵ Schon in den letzten Jahren fielen an deutschen Universitäten studentische Aktionen auf, die verbal politische Diskriminierung anklagten, doch deren Funktion primär darin lag, vermeintliche politische Gegner zum Schweigen zu bringen. Zu diesen Vorfällen zählen die anonymen Blogger-Attacken von *Münkler-Watch* auf den Berliner Politikwissenschaftler Herfried Münkler im Namen der Diversitätspolitik 2015,³⁶ der erfolgreiche Protest des lokalen AStA gegen ein Gedicht des Autoren Eugen Gomringer auf der Fassade der Alice Salomon Hochschule Berlin 2017/18, dessen Gedichtzeile „Allen und Blumen und Frauen und ein Bewunderer“ sexistisch gebrandmarkt und daraufhin übermalt wurde,³⁷ der Vorwurf des antimuslimischen Rassismus und daran anschließende Rücktrittsforderungen an die Frankfurter Ethnologin Susanne Schröter unter dem Hashtag *#schröeter_raus* 2019,³⁸ oder aber die Hörsaalbesetzung in Frankfurt a.M. 2019, die die Teilnahme des AfD-Politikers Jörg Meuthen verhindern sollte.³⁹ Sensible Geister sehen gerade im Zuge der neuen Rigoro-

32 Koppetsch, Cornelia: Soziologiekolumne. Weltbürgerlichkeit als repräsentative Kultur?, in: Merkur. Gegründet 1947 als Deutsche Zeitschrift für Europäisches Denken, 72. Jahrgang, Nr. H. 838/2019, S. 43-50, hier S. 50.

33 Ibid., S. 49 (Herv. i. O.)

34 Nickel: Rückbau der Gesellschaft.

35 Vgl. Kaldewey: Der Campus als ‚Safe Space‘.

36 Vgl. Wagner: Das Recht gehört den Beleidigten.

37 Vgl. Allweiss, Marianne: Die „Alleen“ müssen gehen, in: Deutschlandfunk Kultur, 23.01.2018, online einsehbar unter: https://www.deutschlandfunkkultur.de/streit-um-gomringer-gedicht-auf-uni-fassade-die-alleen.2165.de.html?dram:article_id=409035 [eingesehen am 01.08.2019]

38 Vgl. Toprak, Cigdem: Die Kopftuchdiskussion gehört an die Universität, in: Die Welt, 26.04.2019, online einsehbar unter: <https://www.welt.de/kultur/article192466205/Ruecktrittsforderungen-gegen-Susanne-Schroeter-ein-Wahnsinn.html> [eingesehen am 01.08.2019]

39 Vgl. Dillmann, Daniel: Uni Frankfurt: Polizei räumt Audimax, in: Frankfurter Rundschau, 08.04.2019, online einsehbar unter: <https://www.fr.de/frankfurt/frankfurt-am-main-ort28687/joerg-meuthen-frankfurt-studenten-besetzen-audimax-frankfurt-university-applied-sciences-12068983.html> [eingesehen am 01.08.2019]

sität der *political correctness* „die freie Wissenschaft [...] durch Diskursverbote in Gefahr“ und gemahnen daran, dass Studierenden und Forschenden wieder mehr „zugemutet“ werden müsse, dass die diskursive Auseinandersetzung der Gebildeten untereinander wie nach außen, zur Gesellschaft, hin wieder erlernt werden müsse.⁴⁰ In der Tat ist es möglich, dass studentische Protestaktivitäten angesichts der beschriebenen mentalen Arretierung, der starken Gegenwartsfixierung und der unverändert hohen Sekuritätsorientierung stärker auf die Verteidigung von Privilegien, auf autoritäre und restriktive Forderungen setzen werden (und sei es über den Ausschluss jener, die die Künste antidiskriminatorischer Rhetoriken nicht beherrschen) denn auf die Sehnsucht nach demokratischer, sozialer, ökonomischer, oder kultureller Egalisierung. Gewiss ist das problemlos unter Rückgriff auf eine prodemokratische Rhetorik möglich.⁴¹ Dass hier auch das alte politische Richtungsschema „links/rechts“ als Kampfmittel eingesetzt wird, unterstreicht die starke Moralisierung dieser Auseinandersetzung nach dem Ende integrierender industriegesellschaftlicher Strukturen.⁴² Und dass Organisation, Sozialmoral und gesellschaftspolitische Interessenlagen für sich genommen auch destruktiv zusammenwirken können, zeigt nicht zuletzt die antidemokratische Studentenbewegung von Weimar.⁴³

Wenn das alles ist, wäre wenig gewonnen. Indes: Protestnetzwerke, die auf eine emanzipative Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse hinauswollten, bedurften intellektueller und philosophischer Ressourcen, um über die Bedingtheit ihres sozioökonomischen Partikularinteresses zumindest ein Stück weit hinauszugelangen. Der erste Schritt wäre demgemäß die Einsicht in diese Bedingtheit des bildungsaffinen Bewusstseins. Das ist auch heute nicht undenkbar. Für die Aussicht auf zukunftsweisende Projekte aus den Reihen der akademischen Jugend bedürfte es der Anstrengung der subjektiven Erfahrungs- und Denkfähigkeit zu einer unerschrockenen Auseinandersetzung mit den gesamtgesellschaftlichen Verhältnissen des frühen 21. Jahrhunderts. Auch die intellektuelle Produktivität war lange Zeit eine Stärke nichtinkorporierter politisch aktiver Studierender, die auf der Suche nach einer auf freie Assoziation gründenden Kol-

40 Hartung, Manuel J.: Streiten bildet, in: DIE ZEIT, 17.04.2019, S. 1.

41 Denkbar wäre im Falle einer Bildungsexpansionskrise durchaus ein Protestbündnis aus Studierenden und jungen Absolventen, die sich für eine Reduktion der Studierendenzahl und für eine Verengung des Hochschulzugangs einsetzen. Das kann auch im Zeichen antidiskriminatorischer Maximen und Quotenregelungen geschehen.

42 Gewiss nicht zuletzt, weil insbesondere Ordnungsschemata wie die politische (Selbst-)Zuordnung „Links/Rechts“ sich oft in einem solchen Maße „adapptionsfähig“ erweisen, dass sie sich über mehrere Metamorphosen ihrer Bedeutungsgehalte hinüberzuretten vermögen, Raschke, Joachim: Die Erfindung von Links/Rechts als politisches Richtungsschema, in: Greve, Michael/Münkler, Herfried/Schmalz-Bruns, Rainer (Hg.): Bürgersinn und Kritik. Festschrift für Udo Bernbach zum 60. Geburtstag, Baden-Baden 1998, S. 185-206, hier S. 203f. Zur bereits um die Jahrtausendwende registrierten Renaissance vormals domestizierter kultureller, ethnischer und religiöser Spaltungen infolge der Erosion der „Klassenkonflikte“ regulierender industriell fundierten Wohlfahrtsstaaten vgl. exemplarisch Rokkan, Stein: Staat, Nation und Demokratie in Europa. Die Theorie Stein Rokkans aus seinen gesammelten Werken rekonstruiert und eingeleitet von Peter Flora, Frankfurt a.M. 2000 sowie zupackend Stender: Ethnische Erweckungen.

43 Dass Versuche politischer Mobilisierung von rechts unter Studierenden derzeit recht sicher scheitern werden, ergibt sich aus diesem Zusammenhang natürlich auch.

lektivitätsform immer wieder unvollendete Projekte hinterließ, so etwa die Weimarer Freistudenten und der nach Orientierung ringende SDS der frühen 1960er Jahre. Diese Erbschaft der ungebundenen Suchbewegungen ist aus dem studentischen Gedächtnis verschwunden. Man darf sich etwa fragen, ob der Verlust des vielfach gescholtenen undogmatisch-marxistischen (auch des freudianischen) Theorie-Instrumentariums unter den Studierenden – wie fragmentarisch adaptiert, wie sehr im demagogischen Abusus versunken auch immer! – *à la longue* nicht vielmehr gerade jenen erwähnten Rückfall in frühliberale Denkmuster befördert hat als eine Evolution des Intellekts oder der politischen Urteilskraft. Angesichts der vielen teils realisierten, teils überformten, teils aufgegebenen Versuche, kollektiv politischen Einfluss zu nehmen, möchte man dem virtuellen Gesamtstudenten – als einer durch die Lebenssituation hinsichtlich Zeitressourcen sowie intellektuellen, hedonistischen und politischen Freiheiten nach wie vor reich ausgestattetem, auf verschlungenen Pfaden vielleicht noch immer zu besonderer Empathie, Phantasie und Einsicht in die Unvollständigkeit erreichter gesellschaftlicher Freiheit befähigten Sozialfigur –, diesem virtuellen Gesamtstudenten also, ermutigend zurufen: „Erinnern, Wiederholen, Durcharbeiten!“⁴⁴ Gewiss wird heute nicht mehr so studiert wie noch in den 1960er Jahren, und sicher fehlt es schlicht an Vorbildern, Gelegenheiten, lebendigen Projekten. Doch wie sollen ausdauernde Kritik an den Verhältnissen und Entwürfe eines Besseren entstehen, wenn der Versuch marginal bleibt, gesellschaftliche Vorgänge jenseits des eng gesteckten Fachhorizonts zu begreifen, ja wenn nur Einzelne die Konfrontation mit anspruchsvollen Leseerfahrungen suchen? Wie, wenn – überspitzt formuliert – Studierende selbst nach mehreren Semestern ihre Deutungsbedürfnisse mehrheitlich noch mit narzisstischen Bezügen auf die Wertmuster ihrer wohlmeinenden, auf Bildungskarrieren setzenden Herkunftsfamilie nebst der aus ihr sich speisenden Überzeugung der eigenen Auserwähltheit stillen? Wie, wenn nicht wenige von ihnen die Frage nach prägenden Leseerfahrungen mit einem Lob der anheimelnden erzählerischen Stereotypie von *Harry Potter*-Romanen beantworten, in die sie sich so gerne immer wieder wie in einer Traumwelt vertiefen – anstatt etwa die biedere klassisch-ideologische Leiterzählung des sich durch bestandene Prüfungen hindurch bewährenden Helden zum Anlass zu nehmen, über eine Welt nachzudenken, in der vielen Menschen ganz unabhängig von ihrer Leistungsbereitschaft die materielle und politische Teilhabe eben deshalb verwehrt ist, weil sie nicht als magiebegabte Auserwählte (also als privilegierter Nachwuchs gutsituierter und besserverdienender Schichten) zur Welt gekommen sind?⁴⁵ Im traditionellen deutschen Bildungsbegriff ist in der Tat mehr aufgespeichert als nur das in ihm vorgedachte, heute weitgehend inthronisierte Ausleseprinzip, nämlich ein nie eingelöster utopischer Tiefengehalt des Weltbürgertums, der Anspruch auf eine Gesellschaft der Freien und Gleichen, die die volle Entfaltung sämtlicher Potenziale eines Individuums erst ermöglicht. Die Realisierung dieses Anspruchs ist ohne eine demokratische Gesellschaftsform, die Teilha-

44 Freud, Sigmund: Erinnern, Wiederholen und Durcharbeiten, in: Ders.: Studienausgabe. Ergänzungsband, Frankfurt a.M. 1975, S. 205-215.

45 Auszuschließen ist nicht, dass eine breite politische Aktivierung von Studierenden derzeit dazu führen könnte, dass auch in der Bundesrepublik der eine oder andere Universitätscampus neo-autoritär zum „Safe Space“ erklärt wird. Vgl. Kaldewey: Der Campus als ‚Safe Space‘.

be auch sozioökonomisch, d. h. durch die Abschaffung materieller Not gewährleistet, nicht zu denken. Die heute gängige Berufung auf den Bildungsbegriff hingegen, die auf ein diffuses Lob der Kontemplation, des philosophischen Gedankens oder der akademischen Ehrwürdigkeit hinausläuft, fast so, als wäre nur die rechte bildungspolitische und professorale Besinnung vonnöten, um „wahre“ Bildung zu restituieren, wirkt zurecht staubig anachronistisch. Wer es mit der Bildung heute ernst meint, verzichtet auf die moralisierende Panzerung eines verabsolutierten *status quo* gegen die allseits gewitterten fortschrittsrenitenten Kräfte und wendet sich – gerade in einer Phase nachhaltiger Konfusion über den Zweck und Inhalt demokratisch verfasster Gesellschaften! – dem herausfordernden, sicher auch überfordernden Projekt zu, „Gesellschaft unter dem Aspekt ihrer Veränderbarkeit“⁴⁶ zu denken.

46 Vgl. Schneider, Gregor-Sönke: Fortzusetzen... Detlev Claussen zum 70. Geburtstag, in: faust-kultur.de, 22.02.2018, online einsehbar unter: <https://faustkultur.de/3430-0-Detlev-Claussen-zum-70.html> [eingesehen am 01.08.2019]

